



Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73 832

 (030) 227 – 76 920

 bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 10.01.08

Bettina Hagedorn legt die Einnahmen und Ausgaben von 2006 offen

Im Anhang finden Sie ein Foto zu Ihrer freien Verwendung

Das Jahr 2008 begann für die ostholsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn damit, dass ihr der Steuerbescheid für das Jahr 2006 ins Haus flatterte – und einer bereits seit vielen Jahren geübten Tradition folgend veröffentlicht sie ihn jetzt, denn ihre Diätenbezüge und steuerlich wirksamen Ausgaben legt sie seit Beginn ihrer Abgeordnetenzeit im Oktober 2002 offen. Alle Angaben sind seitdem auf ihrer Homepage (www.bettina-hagedorn.de) unter dem Stichwort „Gläserne Abgeordnete“ nachzulesen. Nebeneinkünfte bezieht Bettina Hagedorn nicht. „Aufklärung und Transparenz sind für mich sowohl in den politischen Entscheidungen wie auch bei den Finanzen eine Selbstverständlichkeit und nach meiner Erfahrung das wirksamste Mittel gegen Politikverdrossenheit,“ so Hagedorn. Ihre Einnahmen und steuerlich wirksamen Ausgaben sahen 2006 wie folgt aus: Sie erhielt im Jahr 83.877 Euro Diät – Diäten werden grundsätzlich brutto ausgezahlt. Darauf hat sie 21.890,33 Euro Einkommenssteuern und Solidaritätszuschlag gezahlt und 6.369,72 Euro Beiträge für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung entrichtet. Für die Alterssicherung zahlte sie 2006 in eine private

Lebensversicherung 6.238,30 Euro ein, da Abgeordnete bis zur vor kurzem gesetzlich geänderten Diätenreform erst nach 8jähriger Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag eine zu versteuernde Pension ab dem 65. Lebensjahr erhielten. Berücksichtigt man diese Abzüge, dann verblieben 49.378,65 Euro oder 4.114,88 Euro netto monatlich.

Allerdings haben SPD-Abgeordnete weitere finanzielle Verpflichtungen – insbesondere zur Unterstützung der Partei. Zusätzlich erwartet die Öffentlichkeit auch ein erhöhtes karitatives Engagement. Verschiedene SPD-Gliederungen erhielten 2006 von Bettina Hagedorn Beiträge und Spenden in Höhe von 11.154,67 Euro, von denen natürlich nur 1.650 Euro steuerlich anrechenbar sind. Hagedorn: "In der SPD ist es üblich, dass Abgeordnete für den nächsten Wahlkampf Rücklagen bilden und monatlich größere Summen an SPD-Gliederungen spenden. So machen wir uns als Partei im Wahlkampf von privaten Spendern gerade aus der Wirtschaft unabhängig." Darüber hinaus hat sie 1.405,64 Euro an gemeinnützige Vereine und Organisationen gespendet. Berücksichtigt man auch diese Ausgaben, dann blieben 2006 36.818,34 Euro verfügbar oder effektiv 3.068,19 Euro monatlich. Zusätzlich unterstützt Bettina Hagedorn mehr als 20 Vereine und Verbände in der Region durch ihre Mitgliedschaft. Dass die Abgeordnete 2006 weniger Steuern zu zahlen hatte als in den Vorjahren – wie ein Vergleich mit den alten Zahlen verdeutlicht – hat nichts mit Steuersenkungen zu tun, sondern allein damit, dass ihre drei Söhne zwischen 22 und 27 Jahren 2006 alle drei in Ausbildungen waren, nachdem zwei von ihnen zuvor schon jahrelang im Arbeitsprozess gestanden hatten. Bettina Hagedorn ist seit 2001 geschieden und allein für den Unterhalt zuständig.

In Berlin hat Bettina Hagedorn stets für die 2005 noch von Rot-Grün beschlossene Offenlegung aller Nebeneinkünfte von Abgeordneten und für die Abschaffung der Privilegien bei der

Altersversorgung gestritten und gegen die ab 1. Januar 2008 geltende Erhöhung der Abgeordnetendiäten gestimmt, weil diese – aus ihrer Sicht – bei der Altersversorgung überfällige Einschnitte nur halbherzig verwirklicht hat.

Bettina Hagedorn ärgert sich darum besonders über Negativbeispiele unter den Abgeordneten, die zwar die Diäten in gleicher Höhe erhalten, aber nicht die dafür erforderliche Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger im Parlament leisten, weil dadurch leider stets das öffentliche Ansehen aller Abgeordneten in Misskredit gebracht wird. Dazu zählt sie namentlich nicht nur den zuletzt in die Schlagzeilen geratenen CDU-Abgeordneten von Bismarck aus dem Wahlkreis Lauenburg/Stormarn, der in über zwei Jahren kaum in Berlin präsent war, sondern auch den CDU-Abgeordneten Friedrich Merz, der in mindestens elf verschiedenen Vorständen und Aufsichtsräten tätig ist und sein Mandat in Berlin höchstens als Nebenjob wahrnimmt – von Interessenkonflikten ganz zu schweigen.

Die Abgeordnete weiß hingegen, dass bei gewissenhafter Arbeit im Sinne des Mandats keine Zeit für Nebentätigkeiten bleibt: „Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Berlin und im Wahlkreis zu vertreten ist mehr als ein Fulltime-Job. Die Wählerinnen und Wähler sollten sich selbst ein Bild machen, ob Mandat und Nebentätigkeit nicht möglicherweise zu Interessenkonflikten zu Lasten der unabhängigen Arbeit im Bundestag führen, nachdem die Offenlegungspflicht jetzt umgesetzt werden muss. Die Politik kann nur Glaubwürdigkeit erlangen, wenn es bei allen Tätigkeiten und Einkünften von Abgeordneten absolute Offenheit gibt.“